

Ressort: Politik

Union: Länder müssen ihrer Verantwortung für sozialen Wohnungsbau nachkommen

Berlin, 06.08.2013, 13:55 Uhr

GDN - Der wohnungspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (CDU), hat die Bundesländer dazu aufgefordert, ihrer Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau nachzukommen. Er bedauere, "dass der soziale Wohnungsbau im Ergebnis der Föderalismusreform offenbar so stark zurückgefahren wurde", sagte Fischer am Dienstag in Berlin.

Mit dem Geld des Bundes müsse wohnungspolitisch sinnvoll umgegangen werden, schließlich hätten einkommensschwache Haushalte beispielsweise in Berlin "kaum Chancen, frei finanzierten Wohnraum zu mieten." Die "Rheinische Post" (Dienstausgabe) hatte zuvor unter Berufung auf das Bundesbauministerium berichtet, dass mehr als die Hälfte der Bundesländer die für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen jährlichen Bundeszuschüsse nicht zweckgerecht verwendet und in den letzten Jahren so gut wie keine geförderten Sozialwohnungen geschaffen hatte.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-19082/union-laender-muessen-ihrer-verantwortung-fuer-sozialen-wohnungsbau-nachkommen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619